

Besuch der IGBCE Ortsgruppe Marburg im Hessischen Landtag in Wiesbaden

Wiesbaden/Marburg – Am 29. September 2026 unternahm die **IGBCE Ortsgruppe Marburg** eine politische Informations- und Diskussionsfahrt in den Hessischen Landtag nach Wiesbaden. Im Zentrum des Besuchs stand die drängende Sorge um den **Pharmastandort Marburg** und den anhaltenden Abbau von tarifgebundenen Arbeitsplätzen.

Ablauf des Besuchsprogramms

- **10:30 Uhr:** Abfahrt am Georg-Gaßmann-Stadion in Marburg.
 - **13:00 Uhr:** Gemeinsames Mittagessen.
 - **14:30 Uhr:** Einlass in das Landtagsgebäude. Es folgte ein informativer Einführungsvortrag über die verfassungsmäßigen Aufgaben, die Arbeitsweise und die parteipolitische Zusammensetzung des hessischen Parlaments.
 - **16:00 Uhr:** Live-Teilnahme an einer aktuellen Plenarsitzung auf der Besuchertribüne, um die parlamentarische Debattenkultur hautnah mitzuerleben.
 - **17:00 – 18:00 Uhr:** Exklusive Diskussionsrunde mit Abgeordneten der hessischen Landtagsfraktionen.
-

Politische Diskussionsrunde: Der Pharmastandort Marburg im Fokus

Unter der Leitung der IGBCE-Ortsgruppenvorsitzenden **Renate Wick** konfrontierte die Delegation die anwesenden Landespolitiker direkt mit der aktuellen Krise am Industriestandort Behringwerke. Zu der parteiübergreifenden Runde gehörten unter anderem die beiden direkt betroffenen Wahlkreisabgeordneten aus Marburg-Biedenkopf: **Dirk Bamberger** (CDU) und **Sebastian Sack** (SPD), sowie Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen, den Freien Demokraten (FDP) und der AfD.

1. Sorge wegen des massiven Stellenabbaus

Renate Wick schilderte eindringlich die Existenzängste der Beschäftigten. Betroffen seien im Grunde alle Firmen am Standort Behringwerke. Auffällig sei ein „merkwürdiger Gleichklang“, in dem internationale Großkonzerne Stellen abbauen, worauf nun auch Infrastruktur- und Zulieferbetriebe reagieren müssten. Scharfe Kritik übte die IGBCE an den bisherigen Reaktionen der Politik: Den vollmundigen Versprechungen – unter anderem von Hessens Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori bei vergangenen Demonstrationen – seien bislang keine spürbaren Taten oder Verbesserungen gefolgt.

Die Reaktionen der Politik fielen gemischt aus:

- **Dirk Bamberger (CDU):** Dämpfte allzu große Erwartungen. Man habe zwar viele Kontakte genutzt, stehe aber vor der Realität, dass es sich um geschäftsspezifische Entscheidungen globaler Konzerne handle. Diese agierten oft autark, teils erhalte die Politik auf schriftliche Anfragen noch nicht einmal Rückmeldungen.
- **Sebastian Sack (SPD):** Plädierte dafür, die bestehenden Stärken Marburgs noch gezielter nach vorne zu bringen und diese offensiver in der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

- **Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen:** Sah die Notwendigkeit einer konkreten Industriepolitik und nannte als zentralen Hebel die Senkung der Energiekosten. Dieser Hebel liege allerdings primär auf Bundes- bzw. EU-Ebene.

2. Ansiedlung und Zukunftsperspektiven (Innovation Hub & Infrastruktur)

Auf die Frage nach konkreten Maßnahmen zur Neuansiedlung von Betrieben wurden unterschiedliche Ansätze diskutiert:

- Für das **Research & Development (R&D) Gebäude von CSL Innovation** wird die Gründung eines sogenannten **Innovation Hubs** angestrebt. Start-ups und etablierte Firmen sollen hier zusammengeführt werden. Seitens der IGBCE wurde jedoch klargestellt, dass ein solches Projekt die aktuell verlorenen rund **540 Arbeitsplätze** keineswegs kompensieren kann.
- **Bamberger (CDU)** forderte zudem eine nachhaltige Stärkung des Umfeldes: Die Erschließung der **Gewerbeflächen Görzhausen 3 und 4** sowie eine angepasste Verkehrsführung seien zwingend notwendig. Zudem müsse Marburg für CEOs attraktiver werden, wozu auch gehöre, die jährlichen Diskussionen um die Gewerbesteuer zu beenden.
- **Sack (SPD)** stimmte der Verbesserung der Standortfaktoren zu, forderte jedoch gleichzeitig, das Konzept des Innovation Hubs grundlegend neu zu denken.

3. Alarmierende Lage bei der Fachkräfteausbildung (Provalidis)

Große Sorge bereitet der IGBCE die aktuelle Entwicklung beim Bildungsdienstleister **Provalidis** in Marburg. Da die am Standort ansässigen Pharmafirmen deutlich weniger Aus- und Fortbildungen gemeldet haben als ursprünglich angekündigt, droht ein **Rückzug von Provalidis aus Marburg** innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre. Dies gefährdet die so wichtige Facharbeiterqualifizierung direkt vor Ort.

- **Sack (SPD):** Stellte klar, dass sowohl die Berufsschule als auch die Fortbildungskapazitäten zwingend in der Universitätsstadt gehalten werden müssen.
- **Bamberger (CDU):** Drängte erneut auf die Realisierung von Görzhausen 3 und 4 sowie die Erstellung eines „Masteraktionsplans“. Eine Ausbildung direkt vor Ort sei elementar für die Anziehungskraft des Standortes.

4. Zukunft von BioNTech und Siemens Healthineers

- **Marc Pfister** (Betriebsratsvorsitzender von **BioNTech Marburg**) stellte die Frage nach der langfristigen Perspektive und warb für das Know-how der eigenen Belegschaft: „*Wir können am Standort alles produzieren.* Die Politik solle aktiv Werbung für den Standort mache. Der Vertreter der Grünen betonte hierzu (unter Kopfnicken von Sack und Bamberger), dass diese Thematik bereits geschlossen an die Bundesebene nach Berlin gemeldet wurde.
- Bambergers Forderung an den Marburger Oberbürgermeister, er solle für seinen Standort auf Werbereisen gehen.
- Bezüglich eines kursierenden Gerüchts, wonach **Siemens Healthineers** in Marburg aufgeteilt und verkauft werden soll, verwies **Bamberger (CDU)** auf das Ziel, dass Hessen die „Pharmaregion Nr. 1“ bleiben müsse. Ministerpräsident Boris Rhein habe erst kürzlich Verträge in Indien geschlossen; parallel stünden aber auch lokale Akteure wie der Marburger Oberbürgermeister in der Pflicht, aktiv Werbereisen für den Standort zu unternehmen.

- **R. Lambrou (AfD):** Kritisierte das Streben von Managementfirmen nach „schnellem Geld“ und lobte eigentümergeführte Unternehmen als verlässlicher. Zwar stehe seine Fraktion mRNA-Impfstoffen kritisch gegenüber, die Pharmaindustrie allgemein müsse aber durch verlässliche Rahmenbedingungen gestärkt werden.

5. Tariffucht und Stellenabbau (Beispiel Innexis)

Ein konkretes Negativbeispiel aus Sicht der Arbeitnehmervertreter bildet das Unternehmen **Innexis**, wo aktuell **150 bis 160 Mitarbeiter** ihren Arbeitsplatz verlieren und Neueinstellungen zunehmend ohne Tarifbindung erfolgen.

- Der Vertreter von **Bündnis 90/Die Grünen** unterstrich die Bedeutung der Tarifbindung und verwies auf das EU-Pharmapaket. Unternehmen, die sich nicht an die Tarifbindung halten, sollten von staatlicher Unterstützung ausgeschlossen werden.
- Der Sprecher der **Freien Demokraten (FDP)** dämpfte hierbei schnelle Landesinitiativen und fügte hinzu, dass die gesetzlichen Regelungen hierzu vorrangig auf Bundesebene entschieden werden müssen.

Fazit

Die Diskussionsrunde zeigte deutlich auf, dass zwischen den drängenden Existenzängsten der Belegschaften und den tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Landespolitik eine tiefe Kluft besteht. Während die IGBCE-Ortsgruppe-Marburg rasche, spürbare Entlastungen und Garantien fordert, verwiesen die Politiker vielfach auf globale Marktmechanismen oder Zuständigkeiten in Berlin und Brüssel. Dennoch wurde deutlich, dass die Infrastrukturprojekte rund um Görzhausen sowie der Erhalt der Ausbildung vor Ort parteiübergreifend als Schlüsselaufgaben für die Zukunft des Pharma-Valleys Marburg gesehen werden.

Nach einem intensiven Austausch trat die IGBCE-Delegation um **18:30 Uhr** die Rückreise nach Marburg an.